M4.6 KAMPF FÜR DIE REPUBLIK UND GEGEN ANTISEMITISMUS

Die Entstehung unserer modernen Demokratie hat eine spannende Geschichte. Eine besondere Rolle spielen dabei die Revolution von 1848/49, die Novemberrevolution 1918/19 und die Weimarer Republik. Aus den Kämpfen für mehr Freiheit, Gleichberechtigung, Teilhabe, Sozialstaat und zivilgesellschaftliches Engagement ist unsere freiheitlich demokratische Grundordnung hervorgegangen. Ihre Geschichte spielte sich nicht nur in Berlin ab. Auch in Lippe, das bis 1947 ein weitestgehend eigenständiges Land war, fanden Veränderungen statt. Wie für alle Werte gilt auch für die Demokratie, dass sie sich im ständigen Wandel befindet. So stellt sich die Frage: „Demokratie(-geschichte): Ende gut, alles gut?“

Seit ihrer Ausrufung 1918 hatte die Weimarer Republik mit völkischen Nationalist*innen und Monarchist*innen zu kämpfen. Deren Angriffe auf den demokratischen Staat waren nicht selten mit antisemitischer Hetze verbunden, weshalb der Kampf für die Republik und das Engagement gegen Antisemitismus eng miteinander verbunden waren. Während der Weimarer Zeit waren die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) und der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund (DVSTB) die Organisationen mit den meisten lippischen Antisemit*innen. Ihnen standen die jüdischen Gemeinden sowie demokratisch gesinnte Nichtjüd*innen gegenüber, die sich gegen die Angriffe zur Wehr setzten. In Detmold waren das vor allem der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV), die Politiker*innen der Deutsch Demokraten (DDP) und der Sozialdemokraten (SPD) sowie Teile der Arbeiter*innenschaft; außerdem die liberale sowie sozialdemokratische Presse. Auf verschiedenen Schauplätzen wurden die meist verbalen Kämpfe zwischen Demokrat*innen auf der einen und Antisemit*innen auf der anderen Seite ausgefochten. Dabei ging es unter anderem um die Anstellung des jüdischen Lehrers und Predigers Moritz Rülf im Mai 1919 an der Detmolder Knabenbürgerschule. Mit einer Unterschriftensammlung, die dem Landespräsidium vorgelegt wurde, sollte seine Beschäftigung als Lehrer verhindert werden. In diesem und anderen Fällen lieferten sich die liberale Lippische Landeszeitung und die seit 1920 dem berüchtigten antidemokratischen Hugenberg-Konzern angehörende Lippische Tages-Zeitung Wortgefechte. Der jüdische Centralverein leistete dazu mit Stellungnahmen und Richtigstellungen seinen Beitrag. Da die Justiz stark von Deutschnationalen durchsetzt war, waren Klagen gegen Antisemit*innen selten erfolgreich. Im Zuge einer solchen Auseinandersetzung wurde der linksliberale Eigentümer der Landeszeitung Dr. Neumann-Hofer, der sich in seiner Rolle als Verleger und DDP-Politiker sowohl für die Republik als auch die Rechte von Jüd*innen einsetzte, von den rechten Hetzern kurzer Hand selbst zum Juden erklärt und als solcher angegriffen. Auf eine großangelegte Schmutzkampagne des DVSTB vor der Reichstagswahl im Juni 1920 reagierte der CV, indem er eine große Anzeige in der Lippischen Tages-Zeitung schaltete, um die Lügen der völkischen Hetzer*innen zu widerlegen. Ein Höhepunkt war erreicht, als die Nationalist*innen im August 1921 am Fuße des Hermannsdenkmals die Ermordung des Reichsfinanzministers Erzberger feierten. Die demokratischen Parteien sowie die KPD reagierten mit einer Großdemonstration. Nach dem Mord am Reichsaußenminister Walter Rathenau im Juni 1922, an dem Mitglieder des DVSTB beteiligt waren, wurde der Bund mit Hilfe des neuen Republikschutzgesetzes (M4.6.1) verboten.

Die Beispiele zeigen, wie sehr antisemitische Hetze und Demokratiefeindlichkeit zusammenhingen. Mit dem Mittel des Antisemitismus wurden nicht nur die Jüd*innen selbst, sondern auch die demokratische Staatsform angegriffen. Noch heute sind ähnliche Mechanismen zu finden, beispielsweise als während der Corona-Pandemie die Gesundheitsmaßnahmen mit der Judenverfolgung während des Nationalsozialismus verglichen wurden, oder wenn in diversen Verschwörungserzählungen von einer „jüdischen Weltregierung“ oder Ähnlichem die Rede ist.



Kundgebung der Eisernen Front 1932 in Detmold

Zurück zur Weimarer Republik: Die Demokratie war damals nicht wehrlos. Bereits 1924 formierten sich das sozialdemokratisch geprägte Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und 1931 die Eiserne Front, die ebenfalls aus dem Arbeiter*innenmilieu stammte. Sie verstanden sich als Gegengewicht zu den nationalistischen Gruppierungen der DNVP und NSDAP. Ihr Ziel war, die Republik und ihre Verfassung vor deren Feinden zu schützen.

Text nach: Hartmann, Jürgen: Auf verlorenem Posten. Der Detmolder Centralverein und der jüdische Abwehrkampf gegen den Antisemitismus 1918 bis 1933. In: Rosenland. Zeitschrift für lippische Geschichte, Nr. 22, Mai 2019, S. 2-47.

Bildnachweis: Unbekannter Autor: Kundgebung der Eisernen Front in der Langen Straße, 1932. In: Digitale Bildersammlung der Lippischen Landesbibliothek Detmold, BA DT-34-13. Online unter: <https://bilder.llb-detmold.de/#/detail/f7bd9346-0e08-4893-b015-346f5be81298> [11.09.2023].